Bezugs-Preis
in der Hauptexpedition oder deren Ausgabestellen abgeholt: vierteljährlich ℳ 3.—, bei zweimaliger täglicher Zustellung ins Haus ℳ 3.75. Durch die Post bezogen für Deutschland u. Oesterreich vierteljährlich ℳ 4.50, für die übrigen Länder laut Zeitungspreisliste.

Redaktion und Expedition:
Johannisgasse 8. Fernsprecher 153 u. 222.

Filialexpeditionen:
Alfred Hahn, Buchhandlg., Universitätsstr. 3 (Fernspr. Nr. 4046), L. Lösche, Katharinenstraße 14 (Fernsprecher Nr. 2635) u. Königsplatz 7 (Fernsprecher Nr. 7505).

Haupt-Filiale Dresden:
Marienstraße 34 (Fernsprecher Amt I Nr. 1713).

Haupt-Filiale Berlin:
Carl Duncker, Herzgl. Bayr. Hofbuchhandlg., Lützowstraße 10 (Fernsprecher Amt VI Nr. 4603.)

Abend-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Amtsblatt des Königlichen Land- und des Königlichen Amtsgerichtes Leipzig, des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig.

Anzeigen-Preis
die 6gespaltene Petitzeile 25 ₰.
Reklamen unter dem Redaktionsstrich (4gespalten) 75 ₰, vor den Familiennachrichten (6gespalten) 50 ₰.
Tabellarischer und Ziffernsatz entsprechend höher. — Gebühren für Nachweisungen und Offertenannahme 25 ₰.
Extra-Beilagen (gefalzt), nur mit der Morgen-Ausgabe, ohne Postbeförderung ℳ 60.—, mit Postbeförderung ℳ 70.—.
Annahmeschluß für Anzeigen:
Abend-Ausgabe: vormittags 10 Uhr.
Morgen-Ausgabe: nachmittags 4 Uhr.
Anzeigen sind stets an die Expedition zu richten.
Die Expedition ist wochentags ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis abends 7 Uhr.
Druck und Verlag von E. Polz in Leipzig (Inh. Dr. B., R. & W. Klinkhardt).

Nr. 48. **Mittwoch** den 27. Januar 1904. **98. Jahrgang.**

Das Wichtigste vom Tage.

* In Berlin ist zur Feier des Geburtstages des Kaisers ein großer Teil der deutschen Fürsten versammelt.

* Der Direktor der Kolonialabteilung Dr. Stübel soll sein Abschiedsgesuch eingereicht haben.

* Für die Reichstagsstichwahl in Osnabrück haben die Sozialdemokraten Wahlenthaltung als Parole ausgegeben.

* Nach englischen Meldungen dringt Japan auf eine baldige Beantwortung seiner letzten Note durch Rußland. Die chinesische Regierung soll auf Anregung Rußlands die drei Mächte Frankreich, England und die Vereinigten Staaten um Vermittelung angegangen haben; Frankreich hätte zugesagt, während die beiden anderen Großmächte abgelehnt hätten.

Politische Tagesschau.

* **Leipzig**, 27. Januar.

Reichsregierung und Reichstag.

Daß ein recht namhafter Bruchteil der Mitglieder des verflossenen Reichstags durch Schwänzen und die Herbeiführung skandalöser Scenen das Ansehen des Reichsparlaments hat herabsetzen helfen, ist leider nicht zu bestreiten. Auch im neuen Reichstage hat sich bereits manches ereignet, was nicht dazu beitragen kann, das gesunkene Ansehen wieder zu heben. Jedenfalls aber kann man auch der Reichsregierung den Vorwurf nicht ersparen, daß sie mit dem Reichstage in einer Weise umspringe, die seiner Würde Abtrag tun muß. So hat die späte Einberufung der neu erwählten Körperschaft ganz wesentlich dazu beigetragen, daß ihre Geschäftslage eine überaus ungünstige geworden ist. Es war das gute Recht dieser Körperschaft, über grundsätzlich bedeutsame Fragen der inneren Politik zu Beginn der ersten Tagung sich auszusprechen und die Wege aufzuhellen, auf denen diese Fragen zur Lösung gebracht werden können. Die Regierung hätte also dem Hause dazu Zeit gewähren und demgemäß den Termin der Reichstagseröffnung so früh als möglich ansetzen sollen. Statt dessen hat sie die Eröffnung so weit hinausgezögert, als es irgend ging. Noch befremdender und für das Ansehen des Reichstags nachteiliger ist die lakonische Art und Weise, in der vorgestern der Staatssekretär Graf Posadowsky die gegnerische Stellung der verbündeten Regierungen gegen die nationalliberale Resolution auf Bewilligung von Anwesenheitsgeldern für die Mitglieder des Hauses dartat. Der Staatssekretär begnügte sich bekanntlich damit, zu erklären, daß für die Bewilligung von Reichstagsdiäten eine Mehrheit im Bundesrate nicht vorhanden wäre. Zunächst ist diese Erklärung wohl sachlich nicht ganz richtig oder zum mindesten zweideutig. Da der Abg. Dr. Spahn, ohne von irgend einer Seite Widerspruch zu finden, behauptete, daß der Widerspruch allein bei Preußen liege, so ist doch wohl an sich eine Mehrheit für die Bewilligung der Diäten auch im Bundesrate vorhanden. Diese Mehrheit reicht freilich nicht aus, um dem Antrage auf Diätengewährung Gesetzeskraft zu geben, da er eine Verfassungsänderung bedingt, die schon bei einer Gegnerschaft von 14 Stimmen im Bundesrate als abgelehnt zu gelten hat. In diesem Sinne ist allerdings eine Mehrheit für den Diätenantrag im Bundesrate nicht vorhanden. Sehen wir aber von der Ungenauigkeit in der Erklärung des Grafen Posadowsky ab, so ist es doch eigentlich ein recht starkes Stück, daß der Vertreter der verbündeten Regierungen bei der Besprechung einer derartigen Frage einfach erklären darf: „der Bundesrat will nicht", und daß er sich nicht damit zu bemühen braucht, die ablehnende Haltung des Bundesrats auch sachgemäß zu motivieren. Man muß nur bedenken, daß der Antrag schon wiederholt zur Annahme gelangt ist und daß keine einzige Partei geschlossen gegen ihn stimmt, wohl aber große und ausschlaggebende Parteien geschlossen für ihn eintreten, so daß gut eine Vierfünftel-Mehrheit des Reichstags sich der Forderung auf Diätenbewilligung anschließt. Und dieser wiederholten und überwiegenden Mehrheit gegenüber hält es die Regierung nicht für notwendig, sich auf Gründe einzulassen. Wir möchten wohl sehen, was die verbündeten Regierungen dazu sagen würden, wenn sie irgend eine Forderung, sagen wir eine Heeresvermehrung, einbrächten, und wenn dann das Zentrum und die Parteien der Linken sich darüber verständigten, daß ein Redner dieser Parteien zu erklären hätte: „Für die Bewilligung dieser Forderung der Regierungen ist keine Mehrheit im Reichstage vorhanden." Die verbündeten Regierungen würden sofort auf das allerschärfste gegen eine derartige Behandlung einer ihrer Vorlagen protestieren, und zwar mit Recht. Warum aber soll dem Reichstage nicht recht sein, was dem Bundesrate billig ist? Verfassungsmäßig sind Reichstag und Bundesrat gleichberechtigte Faktoren der Gesetzgebung, und deshalb kann der Reichstag verlangen, ebenso respektvoll vom Bundesrate behandelt zu werden, wie der Bundesrat jederzeit auf eine achtungsvolle Behandlung seitens des Reichstags Anspruch macht. Einer der angeblichen Gründe der Ablehnung der Diätenforderung ist, daß die Sozialdemokratie von den Reichstagsdiäten Vorteil hätte. Nun, wir meinen, daß diese Partei von einer solchen Art der Behandlung des Reichstags jedenfalls viel mehr Vorteil habe, denn wenn auch der Reichstag allmählich an Energie so viel verloren hat, um gegen eine solche Behandlung rückschtslos Front zu machen, so drückt sich der Unwille des Volkes über ein solches Vorgehen gegen seine Vertretung in den sozialdemokratischen Stimmenziffern aus. Neben den Sozialdemokraten aber ziehen auch die süddeutschen Partikularisten aus dem Verhalten der Regierung gegen den Reichstage Vorteil. Dies geht aus der Rede, die der württembergische Abgeordnete Gröber zu dem Diätenantrage gehalten hat, mit Deutlichkeit hervor. Herr Gröber erblickt in der ablehnenden Haltung Preußens eine Bevorzugung der preußischen Abgeordneten, von denen ein großer Teil dem preußischen Parlament angehört, und er bezeichnet deshalb das Verhalten Preußens als „partikularistische Politik". Dieses Wort wird sicherlich in Süddeutschland eifrig weiter kolportiert werden.

Die Sozialdemokraten und die Herero-Kredite.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat sich am vorigen Dienstag bekanntlich der Abstimmung enthalten. Das schien manchem ein Fortschritt gegenüber den sonst geübten Bräuchen, und hier und da wurde es sogar ganz direkt als eine Konzession an den Revisionismus gedeutet. Der „Vorwärts" leugnete das zwar in einer recht unglücklichen Erklärung ab, aber es scheint doch wirklich so gewesen zu sein; denn nun meldet sich der Protest der Unentwegten im Kreise Teltow-Beeskow-Charlottenburg. In der letzten Generalversammlung des sozialdemokratischen Zentralvereins für diesen Kreis wurde nämlich einstimmig folgende Resolution beschlossen:

„Die Generalversammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins für Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg kann sich mit der Haltung der Reichstagsfraktion gegenüber der Forderung zur Unterdrückung des Aufstandes der Hereros nicht einverstanden erklären. Von vornherein steht sie auf dem Standpunkte, daß sich die Vertreter unserer Partei in keinem Falle der Abstimmung enthalten sollen. In dem besonderen Falle hält die Versammlung die prinzipielle Verweigerung aller Forderungen, die zur Fortsetzung der ausbeuterischen, gemeinschädlichen, kapitalistischen Kolonialpolitik dienen, für geboten. Namentlich kann sie keinen Grund dafür einsehen, Mittel zur Unterdrückung eines Volkes zu bewilligen, das um seine von räuberischen Kapitalisten bedrohte Existenz kämpft. Die Versammlung spricht daher den Wunsch aus, die Fraktion möge ihre Stellung einer nochmaligen Prüfung unterziehen und die geforderten Geldmittel in der dritten Lesung verweigern.

Der eigentliche Urheber dieser Kundgebung war der Abg. Zubeil, der in der Begründung seines Antrags betonte, daß in Parteikreisen die Aenderung in der Haltung der Fraktion gegenüber der Kolonialpolitik sehr mißfällig aufgenommen worden sei und daß alle Mittel in Bewegung gesetzt werden müßten, um die Fraktion zu ihrer alten Haltung zu bekehren. Es wird interessant sein, zu verfolgen, welche Mittel Herr Zubeil in Anwendung bringt, um die Fraktion seinem Willen zu beugen, und welchen Erfolg er erzielt. Eigentlich müßte Herr Bebel sein treuester und energischster Verbündeter sein.

Die Niederlage Ribots.

Während durch die Ausweisung des Pfarrers Delfor aus Frankreich die öffentliche Meinung in Deutschland durchaus kühl gelassen wurde, haben die Führer der sogenannten progressistischen in der französischen Deputiertenkammer Ribot und dessen klerikaler und nationalistischer Anhang die Angelegenheit zu einer „patriotischen" Haupt- und Staatsaktion aufzubauschen versucht. Dieser Versuch ist, wie bekannt, kläglich gescheitert; Ribot ist selbst in die Grube hineingefallen, die er dem Konseilpräsidenten Combes gegraben hatte. Abgesehen davon, daß ihm nachgewiesen wurde, wie er bei den unter seiner früheren Leitung des Ministeriums des Innern vollzogenen Ausweisungen von Elsässern als Wohnsitz kurzweg Deutschland bezeichnen ließ, er mithin sogar den geographischen Begriff Elsaß eskamotiert hat, ist dem lediglich nach der Macht strebenden Ribot noch ein weiteres Mißgeschick widerfahren. Werden ihm doch jetzt Auszüge aus der „Revue catholique d'Alsace" gewidmet, die ihn selbst nahe angehen. So schrieb Herr Delfor im Juli 1898: „Alles läßt darauf schließen, daß die Vorbereitungen für die Madagaskar-Expedition abermals ein unermeßliches Panama waren, wo Lieferanten, Rheder, Geschäftsagenten Herrn Ribot und seinen Kollegen mehr Trinkgelder bezahlten, als Material und Lebensmittel nach Madschunga beförderten. Herr Ribot und sein Kollege vom Kultusministerium verstehen sich besser auf den Krieg mit den Pfarrern, als auf den mit den Hovas". Höchst komisch ist auch die Naivetät Paul Déroulèdes, der in einem aus San Sebastian aus Anlaß des Ausgangs der jüngsten Interpellation an die Nationalisten gerichteten Schreiben von „der allzusehr überquellenden Freude der deutschen Presse" spricht. In Deutschland ist, abgesehen von den klerikalen Organen, die Angelegenheit lediglich als eine solche der inneren Politik Frankreichs aufgefaßt worden. An die patriotischen Wallungen der Nationalisten ist nirgends in der Welt geglaubt worden. Das Ministerium Combes soll aber, wie die „Nat.-Ztg." richtig hervorhebt, nur deshalb einem Kabinett Ribot oder einer Regierung verwandter Schattierung Platz machen, weil für die geistlichen Genossenschaften gefürchtet wurde, deren Los andernfalls besiegelt erschien.

Krisis im fernen Osten.

Das „Reutersche Bureau" veröffentlicht folgende Depesche seines Privatkorrespondenten aus Petersburg vom 25. ds.: Nach Mitteilungen von wohlunterrichteter Stelle machen die schwebenden Besprechungen geringe Fortschritte trotz des bestimmt bekundeten Wunsches Rußlands, einen Konflikt zu vermeiden. Die Bemühungen der Diplomatie werden im hohen Maße durch das Gefühl des Mißtrauens zwischen den beiden streitenden Teilen unfruchtbar gemacht und durch das sich daraus ergebende Beharren auf der Forderung nach Garantien auf jeder der beiden Seiten. Rußland wünscht Japan vollkommene Freiheit zu berechtigter Ausdehnung in Korea zu lassen, wünscht aber im Austausch dafür die Garantie, daß die Südküste von Korea nicht befestigt werden soll. Japan weigert sich, als Garantie eine allgemeine Zusicherung Rußlands bezüglich der chinesischen Souveränität in der Mandschurei anzunehmen oder die Zusicherung, daß der überwiegende Einfluß Japans in Korea respektiert werden soll. Japan fürchtet, wenn es nicht bei Zeiten festen Halt über Korea erlange, könnte es eines Tages von Rußland verdrängt werden. Es verlautet, nur von außerhalb der Parteien kommender Einfluß könne hoffen, die Unterhandlungen aus dem gegenwärtigen Stocken herauszubringen. — Dem „Reuterschen Bureau" wird ferner von der japanischen Gesandtschaft in London mitgeteilt, daselbst sei von einer Antwort Rußlands an Japan nichts bekannt. Seit der letzten japanischen Note seien zwischen den beiden Regierungen keinerlei Mitteilungen ergangen. Aller Wahrscheinlichkeit nach werde die nächste russische Note direkt von Petersburg an den Gesandten in Tokio, Baron Rosen, telephiert werden, der sie der japanischen Regierung überreichen werde.

* **Tokio**, 26. Januar. („Reuter.") Nach einer wichtigen Sitzung des Kabinetts wurde heute eine dreistündige Beratung der „Alten Staatsmänner" abgehalten.

* **Tokio**, 26. Januar. („Reuter".) Einheimische Finanzleute bieten der Regierung weitgehende Unterstützung an; es wird jetzt offenbar, daß die Regierung in den Stand gesetzt sein wird, sehr beträchtliche Summen im Inlande aufzubringen, ohne sich auf Anleihenaufnahmen im Auslande verlassen zu müssen.

* **London**, 27. Januar. „Daily Mail" berichtet aus Tokio vom 26. Januar: In einem am 25. Januar von Petersburg eingegangenen langen Telegramm des japanischen Gesandten in Petersburg ist die Nachricht enthalten gewesen, daß Rußland beabsichtige, die Antwort noch einige Tage hinzuziehen. Daraufhin berief der Minister des Aeußern Baron Komura sofort die leitenden Beamten des Auswärtigen Amtes zusammen; es erfolgte eine lange Beratung.

* **Tokio**, 26. Januar. („Reuter".) Die japanische Regierung teilte dem russischen Gesandten, Baron v. Rosen, mit, daß die baldige Antwort auf die letzte japanische Note erwünscht sei und betonte gleichzeitig, daß ihrer Ansicht nach die Note am 16. Januar in den Besitz der russischen Regierung gelangte und somit hinreichend Zeit verstrichen sei, um die Antwort zu erwägen.

* **London**, 27. Januar. (Telegramm.) Die „Times" melden aus Peking vom 26. Januar: Am Freitag sandte Prinz Tsching, der in großer Angst darüber ist, daß China beim Ausbruche von Feindseligkeiten zwischen Rußland und

---

Feuilleton.

In der Brandung.

2] Roman von **Wilhelm Fischer**.
(Nachdruck verboten.)

Sie errötete unter dem prüfenden Blicke, mit dem er sie unter den gesenkten Wimpern hervor prüfte; sie fühlte diesen Blick und ärgerte sich über sich selbst, daß sie ihm nicht Stand halten konnte; sie erhob sich plötzlich und trat ans Fenster.

„Aha! Meine Theorie!" sagte der Baron und erhob sich gleichfalls.

„Ist mein Mann stark beschäftigt?" wandte sich Wally, das Gespräch abbrechend, um; sie hatte ihre Fassung wiedergefunden; nichts an ihr verriet, daß sie sich geärgert hatte.

Er verstand, daß sie das Gespräch abbrechen wollte.

„Sehr sogar, so, daß er mich in meiner eigenen Sache nicht anhören konnte", antwortete der Baron.

„Sie, Baron, und einen Prozeß?" fragte sie erstaunt.

„Eine unangenehme Familiensache. Aergerlicher Skandal, den ich namens meiner Familie einzuleiten die wenig angenehme Ehre habe."

„Nun, die Rechtsanwälte wollen auch leben; ist das Klageobjekt groß?"

„Gnädigste interessieren sich also auch für Werners Beruf, das Erste, was ich höre."

„Manchmal, Baron", lachte sie schelmisch. „Welche Frau interessiert sich nicht für die Einnahmen ihres Mannes. Es ist nur die Hausfrau in mir, Baron, die sich für Ihren Prozeß interessiert!"

„Sogar nur die praktische, wie ich ergänzend konstatieren will. Und das unterscheidet Sie wieder zu Ihrem Vorteil von Frau Dr. Römer, die sich als moderne Salonschlange mehr für den Gegenstand der Prozesse ihres Mannes interessiert. In allen Ehescheidungsprozessen ist Frau Grete höllisch informiert."

„Ich glaube, sie ist es aus den Akten Ihres Mannes."

„Chacun à son goût, Gnädigste."

In diesem Augenblick meldete Anna, das Dienstmädchen, ihrer Herrin den Besuch von Frau Justizrat Mohr und der Frau Dr. Römer an.

Wally eilte den beiden Damen entgegen und geleitete sie in das Zimmer, wo sie der Justizrätin beim Ablegen des Hutes und des Cape behülflich war.

Frau Grete legte ihren koketten, teuren Hut nicht ab; sie schritt auf den großen, kostbaren Trumeau zu, der in einer Ecke des elegant ausgestatteten Zimmers stand und betrachtete sich wohlgefällig.

Die herrliche schöne Frau war mit Recht eitel auf ihr üppiges, herrliches, tizianrotes Haar.

Dann wandte sie sich vom Spiegel und rauschte auf den Baron zu, denn sie durschikos die Hand reichen, die dieser küßte.

„Denken Sie sich, Baron, das Malheur!"

Der Baron rollte ihr einen Sessel hin, in den sie sich nachlässig fallen ließ in einer Pose, die, wie unbedachtsam, ihre Formen raffiniert andeutete.

Er hatte dafür keinen Blick, sondern sagte mit konventioneller, ausgesuchter Galanterie im Tone:

„Bin ganz Ohr, meine Gnädige!"

„Ich wollte Mama und Papa mit einem Billett für die heutige Premiere überraschen, leider ist Mama etwas unpäßlich. Glauben Sie, daß ich die Karten an der Abendkasse ohne Schaden einwechseln kann?"

„Gewiß, gnädige Frau!" erwiderte er mit einer Verbeugung und knipp das Monocle ein. „Bei dieser sensationellen und interessanten Premiere unter allen Umständen. War gestern abend in der Generalprobe; fabelhafter Erfolg, modernes Sujet!"

„Unsere Freundin, die Frau Sanitätsrat Müller, sprach mir heute morgen davon", sagte die Justizrätin.

„Der Dichter führt den Nachweis", erzählte Baron Briesen, daß ein Kavalier, um die Ehre einer Frau zu retten, unter Umständen einen Meineid zu schwören und sein Ehrenwort zu verpfänden hat!"

„Schrecklich, nicht wahr, meine Beste?" wandte sich die Justizrätin fragend an Frau Wally. Diese nickte, dann meinte sie, indem sie ihre Hand auf den Arm Gretens legte:

„Wenn Sie mir die beiden Billetts abtreten wollten, ma chère!"

„Aber mit dem größten Vergnügen", entgegnete Frau Grete, zog ihr Billettäschchen aus dem linken Handschuh hervor und überreichte die beiden Theaterbilletts der Freundin.

„Unser Abonnement ist gerade abgelaufen", erklärte diese, „wir wollen einige Zeit pausieren, indessen reizt der kühne Vorwurf des Dichters derart meine Neugier, daß ich ganz gern meinem Vorsatze untreu werden will, und dies um so lieber, als wir ja heute Nachbarinnen sein werden!"

Sie nahm die Billette in Empfang und entrichtete deren Beirag.

„Diese modernen Bühnendichter!" sprach jetzt die würdige alte Dame kopfschüttelnd. „Nächstens werden sie noch den Ehebruch, das Laster des Trinkens, des Spieles und sonstige Liederlichkeiten zur Theateringend erheben. Ich danke schön. Ich gehe deshalb gar nicht wieder ins Theater!"

„Aber gnädigste Frau Justizrat!" schnarrte der Baron und fixierte die alte Dame amüsiert.

„Ja, ja, so ist's, und wenn Sie mich noch so sehr verwundert anblicken, Baron; es ist so", wehrte sich die Justizrätin ziemlich energisch. „Ich habe vor den Modernen geradezu Angst. Neulich wurde gar ein Stück gegeben, das hieß „Im Suff!" Als ich dies las, fiel ich beinahe in Ohnmacht!"

„Aber bestes Frau Justizrätin, man kann doch nicht alles mit dem Mantel der christlichen Prüderie bedecken, was da im Leben geschieht. Der Dichter jedoch soll den Epigonen auch unser Elend schildern, das sich vererbt, wie Frühling, Sommer, Herbst und Winter, und das zur Erbsünde leuchtende und lockende Licht des Mondes, das einen Guy de Maupassant zu einer seiner stimmungsvollsten Novelletten begeisterte. Aber wozu der Lärm", unterbrach sich der Baron; er schnellte das Monocle vom Auge und schlug ein Knie über das andere; dann fragte er, während ein leichtes Lächeln um seine Mundwinkel spielte, „waren Sie nicht mit der Birch-Pfeiffer bekannt?"

„Woher wissen Sie? Ach so, ich habe es Ihnen ja selbst erzählt", sagte Frau Mohr. „Nein, diese moderne Welt. Sie wird immer schlechter. Solches Thema. Nein! Die selige Birch würde sich im Grabe herumdrehen, hätte sie eine Ahnung davon, wie es heutzutage an ihrem geliebten Theater zugeht."

„Der Glöckner von Notre-Dame mit der großen Gänsehaut, die man gratis zum Billett erhält", lachte der Baron. „Brr! mich schaudert's schon, wenn ich nur daran denke."

Frau Mohr drohte dem Baron, dem sie im Ernste nicht grollen konnte, lächelnd mit dem Finger: „Warten Sie nur, Sie Spötter, Sie werden auch noch kuriert!"

Alle lachten.

„Das Sujet der heutigen Premiere finde auch ich nicht ganz einwandsfrei. Mein Mann erzählte mir einige Details!" sagte Frau Grete.

„Um eine Dame welchen Standes dreht sich eigentlich die Hadel?" fragte Wally.

„Um eine Dame der Gesellschaft, eine verheiratete Frau!" entgegnete der Baron. „Die ehrenwerte Dame brachte ihrem Gatten einen Fehltritt in die Ehe mit, den sie ihm verheimlicht hat."

„Ja, ja, das ist schlimm", meinte die alte Justizrätin gedankenvoll. „In der Ehe darf kein Geheimnis, keine Lüge sein, sonst ist das Unglück da. Ich weiß das, denn gar vieles habe ich entsehen und zu Grunde gehen sehen."

„Aber die Notlüge, ist sie auch in der Ehe ein Fehler?" fragte der Baron mit einem Seitenblick auf Wally, die kühl und gelassen dem Gespräche folgte.

„Sie ist es!" entgegnete die Justizrätin eifrig. „In der Ehe lasse ich auch sie nicht gelten. Es hat sich noch immer gerächt, wenn die Frau vor ihrem Manne schwerwiegende Geheimnisse hat. Die Lüge in der Ehe ist der erste Schritt zum trostlosen Voneinandergehen!"

„Und dann diese entsetzliche Forderung des Dichters", fiel Frau Grete in ihrer etwas manierierten Weise ein. „Denken Sie nur, Meineid! Eines der schwersten Verbrechen, die das Strafgesetzbuch kennt. Dem Zuchthause aber setzt sich der fragwürdigen Ehre einer leichtsinnigen Frau wegen nur ein Narr aus."

„Baron, teilen Sie diese Ansicht?" fragte Wally gleichgültigen Tones den Baron, der achselzuckend erwiderte:

„Das ist eine Gewissensfrage, meine Gnädigste! Ich würde mich unbedingt weigern, unter Eid eine kompromittierende Aussage gegen die Ehre einer Dame von Rang und Qualität zu machen."

„In diesem Falle ist die Unglückliche schon durch die Weigerung verloren", sagte Wally unmutig.

„Mein Gott", fiel die alte Justizrätin mit leichter Ironie ein. „Heutzutage ist es immer ungeschickt, die Sünde einer in der Brandung des Lebens gestrandeten Frau vor Gericht zu zerren. Wirksam ist es nicht, denn der Skandal bessert nicht, sondern er gleicht dem Schauspiel, an dem man nur seine Nerven ergötzt. Ist der Skandal unvermeidlich, so läßt man ihn über sich ergehen und heiratet den andern. Das ist nur modern. Vor vierzig Jahren war das ganz etwas anderes. Was heutzutage nur modern ist, war damals unmoralisch und schlecht!"

„Sie haben recht, beste Frau Justizrat!" sagte Wally seufzend. „Die Welt ist schlechter geworden, und dennoch